

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Vollschickkonto:** Leipziger Buchdruckerei U. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonellselle 35 Pfg., bei Wagnerschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonellselle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 M., Inserate v. ausm. 2 die 10gep. Kolonellselle 40 Pfg. bei Wagnerschrift, 50 Pfg., Reklameselle 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigniederlassungen und alle Postanstalten entgegen

## Die Massen kommen!

### Die Sozialdemokratie gewinnt Die Schweizer Wahlen

SPD Genf, 29. Oktober.

Das Ergebnis der Schweizer Wahlen lag am Montagabend noch nicht vollständig vor. In den meisten Kantonen zeigt sich die Heftigkeit des Wahlkampfes in einer Erhöhung der Stimmen aller Parteien. Der große sozialistische Stimmenzuwachs hat sich durch eine Reihe von Umständen nicht in einem entsprechenden Mandatsgewinn auswirken können. So fehlen in Genf 70 bis 80 Stimmen für ein neues Mandat. Bisher sind drei neue sozialistische Mandate sicher, denen der Verlust eines Mandats gegenübersteht. Der Gewinn eines weiteren Mandats im Wallis steht noch nicht fest. Die Mandatszahl der Sozialisten ist damit immerhin auf 51 gestiegen. Die Konservativen haben ebenfalls mindestens 2 Mandate gewonnen. Die Verluste tragen die bürgerliche Mitte und die Splitterparteien, darunter die Kommunisten, die ihr Züricher Mandat verloren haben. Damit ist die kommunistische Fraktion des Schweizer Nationalrats auf ganze zwei Mann zusammengeschmolzen.

TU Basel, 29. Oktober.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der schweizerischen Wahlen hat die Freisinnige Partei, die bisher stärkste Partei, 10 Mandate errungen, gegenüber 50 bisherigen. Die

Sozialdemokratische Partei erhielt 50 Sitze (49), die Katholischen Konservativen 46 (42), die Bauern- und Bürgerpartei 31 (31), die Liberalen Demokraten 6 (7), die Kommunisten 2 (3), die Sozialpolitische Gruppe 3 (5), die Parteilosen 2 (2).

### Sieg der Arbeiterpartei

SPD London, 30. Oktober. (Radio.)

Der heiß umstrittene Wahlkreis Ashton an der Lyne ist von der Arbeiterpartei mit einer Mehrheit von 2400 über den konservativen Kandidaten in der Nachwahl am Montag zum ersten Male gewonnen worden. Ashton, im Mittelpunkt der britischen Baumwollindustrie gelegen, wurde von sämtlichen drei Parteien als Schlüsselstellung betrachtet. Der Ausgang der Nachwahl kann daher zum Unterschied von einer Reihe anderer Nachwahlen als sicherer Stimmungsmesser für den augenblicklichen politischen Entwicklungsstand des Landes betrachtet werden. Für die Niederlage der Konservativen haben neben Lokalen und wirtschaftlichen Fragen zweifellos auch die schwere Verstimmung der Wählerschaft über die außenpolitischen Fehler mit Hinblick auf das Flottenkompromiss beigetragen. Der Kandidat der Arbeiterpartei, Bellamy, erzielte 9567 Stimmen, der Konservative 7101, der Liberale 6874. Ashton ist der zehnte Wahlkreis, den die Arbeiterpartei seit den letzten allgemeinen Wahlen ihren Gegnern entzogen hat.

## Das Staatsjubiläum

### Eine Botschaft Masaryks

SPD Berlin, 30. Oktober. (Radio.)

Präsident Masaryk hat beim Empfang der Präsidenten der Kammer und des Senats eine Botschaft verlesen, in der er auch zum Friedens- und Reparationsproblem Stellung nahm. Er gab zu, daß die Friedensverträge einer „gewissen Aufhellung“ bedürfen. Alles Vorgehen auf Grund der Friedensverträge müsse ehrlich, offen und loyal sein. Ein Kampf mit Unwahrheiten und Lügen könne keine Abhilfe schaffen.

In einem besonderen Teil der Botschaft ging der Präsident auf das Problem der deutschen Minderheiten ein. Kein Staat habe so große Minoritäten wie Tschechoslowaken. Das deutsche Problem sei eines der wichtigsten des tschechoslowakischen Staates und schon deshalb müsse auf beiden Seiten jeder Chauvinismus ausgeschlossen werden. Es sei Aufgabe der Majorität, die Minorität für den Staat zu gewinnen und der Eintritt von zwei deutschen Ministern in die Regierung sei ein glücklicher Anfang für eine endgültige Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen.

### Sehn Jahre „Demokratie“

WTB Prag, 29. Oktober.

Die sozialistischen Parteien Prags veranstalteten gestern vor- mittag nach der Beendigung der Jubiläumsfeier des Militärs aus

Anlaß des Staatsfeiertages eigene Kundgebungen, wobei auf dem Wenzelsplatz von verschiedenen Tribünen von den sozialistischen Führern Ansprachen gehalten wurden. Die Kommunisten, unter denen sich die Abgeordneten Mikulicek, Jilet und Harus befanden, versuchten die Feier durch störende Zwischenrufe zu unterbrechen. Sie wurden von der Bevölkerung zurückgewiesen, wobei viele, darunter der Abgeordnete Mikulicek, von der Menge verprügelt wurden. Die Polizei stellte 15 Personen fest, von denen einige verhaftet und zu Freiheitsstrafen bis 10 Tagen verurteilt wurden. Zu ähnlichen kommunistischen Ausschreitungen kam es auch in anderen Städten der Republik. In Kumburg, wo die Kommunisten während der Staatsfeier der Garnison auf dem Marktplatz eine Versammlung abhielten, wurde der Redner, nachdem die Menge auf dem Marktplatz von dem Militär mit der Waffe in der Hand gestreut worden war, mit drei anderen Kommunisten verhaftet und dem Gericht eingeliefert. In Pilsen ver- suchte ein kommunistischer Abgeordneter die Menge aufzureizen, er wurde von der Bevölkerung verprügelt und mußte Polizei um Hilfe rufen. In Mährisch-Odrau wurde der kommunistische Abgeordnete Bohlen bei dem Versuche, eine Rede an die anlässlich der Staatsfeierlichkeiten versammelte Menge zu halten, von der Polizei in Haft genommen.

### „Mörder Herriot“

SPD Paris, 30. Oktober (Radio).

In Lyon kam es gestern im Anschluß an die blutigen Zwischenfälle in Vons zu wütenden Demonstrationen der Camelots du Roi mit Herriot. Zahlreiche Bänder durchzogen die Stadt unter den Rufen „Nieder mit dem Mörder Herriot“. Selbst in den Sitzungssaal des Stadtrats konnten sich etwa 20 Mann von ihnen einschleichen. Als nun Herriot die Sitzung eröffnen wollte, erhoben die Eindringlinge einen tollen Lärm. Sie warfen Stühle und Steine gegen den Vorstandstisch und riefen „Nieder mit dem Mörder, halt den Mund, magst du im Blut erstickt!“ Es kam zu einer furchtbaren Tumultszene. Endlich aber wurden sämtliche Eindringlinge verhaftet. Drei von ihnen sind ins Gefängnis eingeliefert worden.

### Die Zwischenfälle in Vons

TU Paris, 30. Oktober.

Die gerichtliche Untersuchung der blutigen Zwischenfälle in Vons scheint ergeben zu haben, daß der Polizeibeamte Cazet in be- rechtigter Verteidigung von seiner Dienstwaffe Gebrauch gemacht hat. Verschiedene Zeugen erklärten, mehrere junge Leute hätten Todesdrohungen gegen ihn ausgesprochen. Für die Bezeichnung des Opfers der Ausschreitungen, die voraussichtlich am Mittwoch statt- finden wird, sind umfassende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden.

### Konferenz der Finanzminister

SPD Im Reichsfinanzministerium fand am Montag eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Hilferding gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, zum erstenmal eine solche Konferenz leiten zu können. Der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erwiderte im Namen der Länderminister. Es fand sodann eine eingehende Aussprache statt, die im wesent- lichen der Vorbereitung der 3. Lesung des Steuervereinhel- lichungsgesetzes in den Ausschüssen des Reichstages und der Abstimmung im Plenum des Reichsrates galt. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Hilferding gab in seinem Schlusswort der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Konferenz zu einer Klärung strit- tiger Fragen und zu einer erfreulichen Annäherung geführt habe.

### 8 Jahre Zuchthaus

#### Der Strafantrag gegen Husmann

WTB Essen, 30. Oktober.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Husmann eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, Aberkennung der Ehrenrechte auf 10 Jahre und Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Die Anklage wegen Mordes hat er fallen lassen und nur auf Tet- schlag plädiert. Dem Angeklagten seien mildernde Umstände zu verjagen.

### „Luftschuß“

Eine kurze Meldung gab dieser Tage der Öffentlichkeit davon Kenntnis, daß der Präsident des Vereins Deutscher Luftschuß, Dr. Krohne, Reichsminister a. D., von diesem Amte zurückgetreten ist. Angeblich aus Verärgerung darüber, weil der Reichsinnenminister den gesamten Luftschuß dem Reichs- wehrministerium übertragen habe. Bei dieser Gelegenheit werden viele zum ersten Male erfahren haben, daß es einen Verein Deutscher Luftschuß gibt und daß sich auch die amt- lichen Behörden planmäßig mit dem Luftschuß befassen.

Was für ein Luftschuß ist denn da eigentlich gemeint? Sollen die Millionen armer Menschen, die in Deutschland ge- zwungen sind, in dumpfen, modrigen, elenden Wohnlöchern zu hausen, vor der stidigen, unerträglichen Luft geküht wer- den, die in sie die Keimzellen furchtbarer vernichtender Krank- heiten legt und Hunderttausende von Menschen schon im Kin- desalter hinführen läßt? Soll die Bevölkerung vor den heimtückischen Leberfällen geküht werden, wie der des Ham- burger Gasunglücks einer war? Soll sie vor den gefährlichen Gasen in Schuß genommen werden, die den Industrieabgasen entströmen und die gelegentlich die Stadtviertel verpesten, wie es erst kürzlich in Halle geschah? Nein! Dieser Luft- schuß ist nicht gemeint.

Der Luftschuß, den der gewesene republikanische Reichs- minister organisierte, und den jetzt das Reichsinnenministe- rium weiter betreiben wird, hat sich größere Ziele gesteckt. Er gilt der Abwehr von militärischen Gasangriffen aus Flugzeugen im Falle eines Krieges. Das mag manchen ver- wunderlich erscheinen, denn Deutschland hat ja bekanntlich abgerüstet. Es kann nicht nur keinen Krieg führen, sondern es denkt auch nicht daran, zur Waffe des Krieges zu greifen. Hat es doch erst vor kurzem mit noch vierzehn anderen Mäch- ten einen Pakt unterzeichnet, in dem auf den Krieg ausdrück- lich verzichtet und er als ein Mittel der internationalen Poli- tik geächtet wird. Wie kann da für ihn die Gefahr eines Luftangriffes bestehen? Aber das ist es eben: trotz des Ab- gerüstetseins, trotz der Vereinnahmung des Krieges trauen sie dem Frieden nicht und bereiten sich deshalb mit vielen An- strengungen auf einen planmäßigen Luftschuß vor. Zudem sie das tun, gestehen sie offen ein, daß sie mit einem Krieg rechnen. Freilich mit einem Krieg, den nicht sie beginnen, sondern mit dem irgendein anderer Staat Deutschland über- fällt. Soweit wir sehen, liegen zwar an Deutschlands Grenzen nur Staaten, die alle dem Kriegszustand beigetreten sind, also alle ausdrücklich auf den Krieg verzichtet haben. Dennoch meinen nicht nur die Militaristen in Deutschland, sondern auch die nationalen Völkerverbände und Locarnopoliti- ker, daß Deutschland sich gegen die Möglichkeit eines neuen Krieges irgendwie sichern müsse. Hat es — nach ihrer Auf- fassung — kein kriegsverwendungsfähiges Heer, keine Ge- schütze und keine Militärflugzeuge, so soll es einen Luftschuß haben, einen „zivilen“ Luftschuß! Mit diesem Luftschuß wird es sich dann wenigstens gegen eine Waffe des künftigen „Feindes“ zur Wehr setzen können, gegen eine Waffe aller- dings, die im kommenden Krieg den Völkern die entsetz- lichsten Wunden beibringen wird.

Ein militärischer Luftschuß ist Deutschland nach den be- stehenden Vertragsbestimmungen untersagt. Doch braucht es ihn deswegen noch lange nicht zu haben. Herr Dr. Krohne wollte mit seinem Luftschußverein wenn nicht den militärischen Luftschuß ersetzen, so doch unterstützen und er- gänzen. Wie er sich das denkt, darüber hat er sogar ein Buch geschrieben. Nach seinen Vorschlägen müßte künftig der ge- samte Städtebau von den Erfordernissen des Luftschusses ge- leitet werden. Denn nicht ohne Grund nimmt er an, daß die Gasangriffe sich vor allem gegen die Bevölkerungs- und In- dustriezentren richten werden. Er plädiert für den Einbau gesicherter Schutzmöglichkeiten in die Wohnhäuser und dafür, daß Krankenhäuser und Spitäler an das Weichbild der Städte gebaut werden. Die Zusammenballung von großen Indu- strieanlagen auf einen möglichst gedrängten Raum müsse künftig gleichfalls vermieden und für die Industrie ebenso wie für alle wichtigen Behörden die möglichste Dezentrali- sation angestrebt werden. Die gesamte Bevölkerung will er mit Gasmasken ausrüsten und sie in ihrem Gebrauch schulen. Wenn er auch selbst nicht glaubt, durch solche Maßnahmen die Gefahr künftiger Luftüberfälle, die nach seiner Auffassung besteht, zu beseitigen, so meint er doch, sie damit auf ein Mi- ßmaß einzuschränken. Und dazu habe „jeder gegenüber Angehörigen, Volk und Zukunft die Verpflichtung“. So ist es nach seinen Gedankengängen nur folgerichtig, wenn er alle Schichten des Volkes zur Mitwirkung an dem Luftschuß heranziehen und auch die Vertreter der Gewerkschaften zu dieser gemeinsamen Arbeit zusammenführen“ will.

Er muß uns jedoch gestatten, daß wir hinter den Schild sehen, den er da als humanitäre Gesinnung vorhält. Und da sehen wir, daß alle diese Pläne nichts anderes sind als ein Teil jener umfangreichen militärischen Aufrüstung, die die Bourgeoisie seit einigen Jahren betreibt. Hinter der harm- losen Maske des Schutzes der Angehörigen und des Volkes sollen Maßnahmen populär und das Volk für einen Dienst gewonnen werden, die beide in ihrem wirklichen Kern nichts anderes sind als Vorbereitungen für einen Krieg. Wenn jetzt das Reichsinnenministerium die ganze Sache dem Wehr-